

DER VOLKSWIRT

Mehr direkte Demokratie wagen

Zahlreiche Studien zeigen: Länder mit direkter Demokratie haben eine nachhaltigere Finanzpolitik mit geringeren Schulden, einen schlankeren und effizienteren Staat, mehr Wirtschaftswachstum und höhere Zufriedenheit der Bevölkerung. Ein Debattenbeitrag.

Von Reiner Eichenberger

In Deutschland plädieren mehrere Bundestagsparteien für die Einführung von mehr direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene. Nur die CDU sträubt sich beharrlich dagegen. Direkte Demokratie bedeutet, dass Bürger in einem geordneten Verfahren verbindliche Volksentscheide über eigene Vorschläge sowie Parlamentsbeschlüsse verlangen können. Aus wissenschaftlicher Sicht sind die Ergebnisse erstaunlich gut. Bisher haben nur einzelne Länder eine ausgebaute direkte Demokratie. Die wissenschaftlichen Untersuchungen fokussieren deshalb nicht auf Unterschiede zwischen Ländern, sondern auf Vergleiche von Gebietskörperschaften mit unterschiedlich stark ausgeprägter direkter Demokratie innerhalb von einzelnen Ländern, insbesondere von Bundesstaaten, Kantonen und Gemeinden in den Vereinigten Staaten und der Schweiz.

Überzeugende empirische Evidenz

Zahlreiche Studien (etwa von den Ökonomen Lars Feld, Bruno Frey, Gebhard Kirchgässner, John Matsusaka, Patricia Funk und Alois Stutzer) belegen den großen Erfolg der direkten Demokratie. Sie fördert eine nachhaltige Finanzpolitik mit geringeren Schulden, senkt die Staatsquote, steigert die Effizienz der staatlichen Leistungserbringung, begünstigt das Wirtschaftswachstum und steigert die Lebenszufriedenheit der Bevölkerung. Wie üblich gibt es keine absoluten wissenschaftlichen Konsens. Doch die meisten Studien finden positive Wirkungen der direkten Demokratie, nur wenige finden uneindeutige Effekte, und kaum eine findet negative Wirkungen. Insgesamt ist deshalb klar: Direkte Demokratie ist gut.

Dabei bringt sie nicht einfach weniger Staat. Wenn der Staat durch direkte Demokratie effizienter wird, steigt die Nachfrage der Bürger nach staatlichen Leistungen. Unter bestimmten Bedingungen können deshalb die Ausgaben sogar steigen, insbesondere wenn die dank direkter Demokratie besseren lokalen Projekte von höherer staatlicher Ebene höher bezuschusst werden (Zareh Asatryan et al. finden diesen Effekt für Bayern).

Inwiefern können diese Ergebnisse auf die nationale Ebene übertragen werden? Grundsätzlich ist direkte Demokratie auf zentraler Ebene noch fruchtbarer und wichtiger, weil da der föderalistische Wettbewerb als Kontrollinstrument fehlt. Dabei stellt die Landesgröße kein Hindernis dar. Das illustriert Kalifornien mit rund 40 Millionen Einwohnern und stark ausgebauter direkter Demokratie. Tatsächlich nehmen manche Kosten, etwa das Erstellen von Abstimmungsunterlagen, mit zunehmender Bevölkerungsgröße pro Einwohner sogar ab.

Dass Abstimmungen auch auf nationaler Ebene logistisch problemlos funktionieren und einen intensiven, inhaltlich geprägten gesellschaftlichen Diskurs auslösen, belegen die drei EU-Länder Dänemark, Irland und Italien, wo zumindest ab und zu Abstimmungen stattfinden. Auffällig ist der Erfolg des Landes mit der weit ausgedehnten direkten Demokratie auf nationaler Ebene, der Schweiz. Da finden zumeist viermal jährlich Abstimmungen statt, mit etwa 2 bis 4 Vorlagen auf Bundesebene und ähnlich vielen in den meisten Kantonen und Städten.

Bekanntlich hat die Schweiz ein deutlich höheres Pro-Kopf-Einkommen sowie geringere Steuern, Schulden, Arbeitslosigkeit etcetera als Deutschland. International führend ist die Schweiz in den Rankings des World Economic Forums oder der Wirtschaftshochschule IMD zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Besonders gut schneiden sie in diesen breit angelegten Analysen hinsichtlich der Qualität von Regierungsführung, Infrastruktur und Bildungswesen ab. Solche Erfolge ergeben sich nicht aus Sparwahn, sondern aus guter Politik. Diese wiederum ist auch Ergebnis der direkten Demokratie.

Eindeutige Theorie

Wenn alle Politiker allwissende Engel wären, würden sie ohne weiteres die Wohlfahrt der Bürger maximieren. Doch Politiker sind nicht vollständig informiert und verfolgen auch eigene Ziele. Deshalb braucht es Information und Kontrolle durch mehr politischen Wettbewerb und sachlicheren gesellschaftlichen Diskurs.

Direkte Demokratie stärkt den politischen Wettbewerb ganz direkt, indem die Bürger häufiger und gezielter in den politischen Prozess eingreifen können und nicht



Illustration Peter von Tresckow

wie in der repräsentativen Demokratie ihre Stimme für eine Wahlperiode unwiderruflich an Politiker delegieren müssen. Bei Sachabstimmungen entscheiden die meisten Bürger nicht alleine aufgrund eigener, umfassender Abklärungen, sondern berücksichtigen auch die Abstimmungsempfehlungen der politischen Parteien, Interessengruppen und Medien. Dabei können sie ihr Vertrauen den Empfehlungsanbietern jederzeit – und nicht nur alle vier oder fünf Jahre – entziehen. Zugleich erleichtert es direkte Demokratie den Bürgern, ihre von den Parteien vernachlässigten Anliegen in die Politik einzubringen. Es ist wesentlich einfacher, die nötigen Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln, als eine erfolgreiche neue Partei zu gründen. Beides schränkt die Möglichkeiten der Parteien stark ein, über längere Zeit von den Präferenzen ihrer Wähler abzuweichen.

Sodann heißt direkte Demokratie zwei der wichtigsten Ursachen für Politikversagen: Die Umsetzung von Volksentscheiden ist weit glaubwürdiger als die Umsetzung von Wahlversprechen. Deshalb ist der gesellschaftliche Diskurs vor Abstimmungen, das zeigen die Erfahrungen der Schweiz, inhaltlicher und weniger ideologisch als derjenige vor Wahlen. Sodann können Politiker in repräsentativen De-

Die direkte Demokratie ist viel effektiver als Meinungsumfragen und Wahlkämpfe.

mokratien leicht die Ideen anderer übernehmen und als eigene ausgeben. Dadurch sind die Anreize aller klein, eigene Ideen zu entwickeln. Bei Bürgerbegehren wird hingegen viel klarer, wer die wirklichen „Erfinder“ des Politikvorschlags sind. Das stärkt die Anreize, neue Problemlösungen zu erarbeiten.

Aus diesen Mechanismen erwächst der wohl größte Vorteil der direkten Demokratie: Sie ist ein höchst effektiver Generator politischer Information – weit effektiver als es Meinungsumfragen und Wahlkämpfe je sein können. Im intensiven öffentlichen Diskurs vor den Abstimmungen lernen Bürger und Politiker viel über die Sache, die Bürger lernen viel über die wahren Positionen und Leistungen der Politiker, und die Politiker lernen viel über die Wünsche der Bürger. So fördert die direkte Demokratie auch die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie.

Schließlich hat direkte Demokratie auch positive Auswirkungen auf das politische System insgesamt. Oft wird behauptet, Bürgerentscheide über Parlamentsentscheide bremsen die Politik aus. Tatsächlich trifft das Gegenteil zu. Politik ist – wenn man es flapsig ausdrückt – wie die Formel 1: Piloten eines Rennwagens mit guten Bremsen können schneller fahren. Entsprechend gewähren Bürger den Politikern mehr Freiraum, wenn sie über gute Bremsen verfügen.

Illustrativ dafür ist das Wahlsystem der Schweiz. Die eidgenössische Regierung, die sieben Bundesräte, werden nicht vom Volk, sondern alle vier Jahre vom Parlament gewählt. Seit 1848 wurden nur sechs Bundesräte abgewählt. Als Vorteil dieses Verfahrens gilt, dass sich Bundesräte ihrer Arbeit widmen können, statt dau-

ernd Wahlkampf zu betreiben. Die Bürger haben sich in Volksabstimmungen schon mehrmals, zuletzt 2013, für die Erhaltung dieses Systems ausgesprochen, weil sie wissen, dass sie die Regierung im Bedarfsfall bremsen können.

Direkte Demokratie fördert auch andere, für gute Politik wichtige Institutionen. So stärkt sie den Föderalismus und bremst die Zentralisierung. Die Schweiz ist wohl nur deshalb noch so dezentralisiert, weil viele Zentralisierungsvorhaben am Widerstand der Bevölkerung gescheitert sind. Ein anderes Beispiel ist die Einführung der eidgenössischen Schuldenbremse 2003 nach einer Kaskade von Volksentscheiden. Die Schweizer Schuldenbremse hat danach die Einführung der deutschen und diese die europäischen Schuldenbremsen maßgeblich gefördert. Ein weiteres wichtiges Beispiel sind die vielen Volksentscheide, die die hohe Flexibilität des Schweizer Arbeitsmarktes vor Regulierungsseifer geschützt und so die geringe Arbeitslosigkeit gesichert haben.

Hinfällige Kritik

Die traditionelle Kritik an der direkten Demokratie basiert zumeist auf dem Nirwana-Ansatz: Sie misst reale Institutionen an einem absoluten, völlig unrealistischen Ideal. Dazu drei Beispiele:

Kritisiert wird, Interessengruppen hätten in der direkten Demokratie viel Einfluss. Natürlich stimmt das. Entscheidend ist aber, ob sie in der direkten Demokratie mehr Einfluss haben als in der repräsentativen. Dafür existiert keinerlei Evidenz. Vielmehr ist es weit einfacher, eine bestimmte Zahl von Parlamentariern zu beeinflussen als den entsprechenden Teil der Wähler.

Kritisiert wird, die Bürger dächten zu kurzfristig. Das stimmt vielleicht. Aber weshalb sollen Wähler kurzfristiger denken als Politiker? Immerhin tragen sie die längerfristigen Kosten politischer Entscheidungen, wohingegen Politiker oft auf die Wiederwahl beschränkte Zeithorizonte haben. In der direkten Demokratie wirken Fehler sich nur auf das betreffende Thema aus und können korrigiert werden, indem nochmals darüber abgestimmt wird. Wenn hingegen in einer repräsentativen Demokratie wegen einer kurzfristigen Gemütsaufwallung eine extreme Partei gewählt wird, wirkt sich das viel allgemeiner und langfristiger aus.

Kritisiert wird, komplexe Sachentscheidungen überforderten viele Wähler. Auch das stimmt. Aber die richtigen Politiker zu wählen ist noch viel anspruchsvoller. Bei Wahlen müssten die Bürger voraussagen, welche Probleme in den nächsten vier Jahren anfallen, was die richtigen Lösungen wären und wie sich die Politiker verhalten werden. Dagegen wenden Kritiker der direkten Demokratie ein, die Wähler könnten die Politiker aufgrund ihrer ideologischen Position einigermaßen einordnen. Doch wiederum fehlt die vergleichende Perspektive: Wähler können nicht nur in der repräsentativen, sondern auch in der direkten Demokratie nach Ideologie entscheiden. In der direkten Demokratie können sie einfach den Abstimmungsempfehlungen der ihnen ideologisch am nächsten stehenden Politiker und Parteien vertrauen. So veröffentlichen in der Schweiz alle Parteien und wichtige Verbände zu jeder Abstimmung Empfehlungen, die in den Medien verbreitet werden.

Erhellend ist dazu die Analogie zwischen Demokratie und Arztwahl. Die Bür-

ger (Patienten) wissen zwar nicht genau, was ihre politischen Probleme (Krankheiten) sind und wie sie zu lösen (behandeln) wären, aber sie sind halbwegs fähig, den richtigen Politiker (Arzt) zu wählen. Repräsentative Demokratie bedeutet dann, auf die Arztwahl übertragen, dass Patienten für vier Jahre ganz unabhängig von ihren künftigen Leiden und Behandlungserfolgen festlegen müssten, von welchem Arzt sie behandelt werden sollen. Direkte Demokratie hingegen ist analog zu freier Arztwahl.

Einschränkungen sind unnötig

Weit verbreitet ist die Forderung, gewisse Themen müssten von der direkten Demokratie ausgenommen werden, insbesondere haushaltsrelevante Entscheidungen. Die Budgethoheit des Parlaments müsse bewahrt und die Verantwortlichkeiten dürften nicht verwischt werden. Dabei wird vernachlässigt, dass Politiker keine echte Verantwortung tragen. So müssen sie weder einen Teil der von ihnen verursachten Schäden übernehmen, noch profitieren sie breit vom Wohl des Staates und der Wähler. Zudem kann kaum zwischen Vorlagen mit und ohne Haushaltswirkung unterschieden werden. Fast jeder politische Entscheid hat über kurz oder lang Einfluss auf die staatlichen Ausgaben und Einnahmen.

Gefordert wird auch, dass Bürgerentscheide nur rechtsgültig sein sollen, wenn eine bestimmte Mindestwahlbeteiligung vorliegt. Solche Beteiligungs- und Zustimmungskennwerte erschweren nicht nur die Änderung des Status quo, sondern auch die Korrektur von Fehlentscheidungen. Zudem geben sie den Befürwortern des Status quo Anreize, den öffentlichen Diskurs über neue Vorlagen zu verweigern oder gar die Abstimmungen zu boykottieren, um die Wahlbeteiligung unter das Quorum zu senken. Dann sind Abstimmungsergebnisse kaum noch interpretierbar.

Abschließend bleibt zu fragen, ob direkte Demokratie nicht sehr teuer ist? So wird regelmäßig kritisiert, der Versand der Abstimmungsunterlagen in jeden Haushalt koste viel und der Informations- und Abstimmungsaufwand für die Bürger sei beträchtlich. Entscheidend ist auch hier wieder die vergleichende Perspektive. Die Herstellung und der Versand der Abstimmungsunterlagen kosten wohl etwa 70 Cent je Haushalt und Abstimmung. Aber verglichen mit all dem Papier, das man täglich im Briefkasten findet, ist das wenig. Zudem sind die Kosten, verglichen mit den positiven Folgen der direkten Demokratie, minimal. Schließlich muss auch der Aufwand der Bürger für Informationsbeschaffung und Abstimmungsbeteiligung relativiert werden. Diese Aufwendungen sind nicht Kosten, sondern sie spiegeln den Nutzen der Bürger aus den Abstimmungen. Oder kritisiert jemand am Fußball, er verursache hohe Kosten, weil viel Zeit und Ressourcen für Stadionbesuch, Fernsehen und Gespräche über Fußball aufgewendet wird?

Zusammenfassend gilt deshalb: Direkte Demokratie hat sehr viele Vorteile. Sie bringt bessere Politikergebnisse und macht den Bürgern Freude, sowohl als Mitbestimmende wie auch als Zuschauer.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg, Schweiz, sowie Forschungsdirektor von Crema (Center of Research in Economics, Management and the Arts) in Zürich.

Europlatz Frankfurt

Gelassen durch die politischen Wirren

Von Holger Schmieding

Jedes Volk hat seine Eigenarten. So wundert sich das Ausland, dass Berlin gerade jetzt politische Wirren durchlebt, obwohl es Deutschland wirtschaftlich besser geht als je zuvor. Vielleicht fehlt auch deshalb der Druck, sich schnell zu einigen, weil kein wirtschaftliches Problem unmittelbar nach einer Lösung schreit.

Die Finanzmärkte haben auf das Scheitern der Jamaika-Gespräche gelassen reagiert. Wahrscheinlich haben sie damit recht. Das starke Deutschland kann sich durchaus einige Monate leisten, in denen es von einer geschäftsführenden Regierung vernünftig verwaltet, aber nicht kraftvoll regiert wird. Dieses Risiko schreckt die Märkte nicht.

Zudem verdeckt der Berliner Lärm, dass sich Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern durch ein hohes Maß an Stabilität auszeichnet. Denn die Verhältnisse zwingen die wichtigen Parteien letztlich immer wieder zum Konsens.

Seit Jahrzehnten weichen die Mehrheiten im Bundesrat zumeist von denen im Bundestag ab. In nahezu allen Kernfragen der Steuer- und Europapolitik sowie der Einwanderungspolitik müssen sich die Parteien der rechten und linken Mitte ohnehin verständigen, ob sie nun Teil der Bundesregierung sind oder nicht. Im Bundesrat haben derzeit Union, SPD und Grüne de facto ein Vetorecht. Unabhängig davon, wie sich die Bundesregierung neu sortiert, Minderheitskabinett Merkel oder doch große Koalition, Neuwahlen oder nicht, jede Berliner Regierung muss sich mit dem Bundesrat einigen, wenn sie etwas bewe-

gen will. Mit wenigen Ausnahmen wie dem Solidaritätszuschlag schränkt dies den Handlungsspielraum so ein, dass keine dieser Konstellationen besonders überraschende Ergebnisse zeitigen würde. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige sowie die Zeitpläne für einen Kohleausstieg und den Abbau des Solidaritätszuschlages mögen heiße Themen der Innenpolitik sein. Für Europa oder das künftige Wirtschaftswachstum sind sie nicht entscheidend.

Die geschäftsführende Regierung ist durchaus handlungsfähig, ein Minderheitskabinett wäre es auch, eine große Koalition umso mehr. Wenn CDU/CSU auf einige von Macrons Reformvorschlägen für Europa eingehen möchten, wird Deutschland in jedem Fall zu solchen Gesprächen beitragen können. Denn so oder so würden solche europäischen Diskussionen an SPD oder Grünen in Bundestag und Bundesrat wohl nicht scheitern.

Natürlich kann die Hängepartie kein Dauerzustand sein. Letztlich brauchen wir eine politische Konstellation, in der Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat sich darüber verständigen können, Europa zu stärken, öffentliche Investitionen gezielt auszubauen, das Bildungssystem leistungsfähiger zu machen, den Renteneintritt weiter zu flexibilisieren und Gesundheitsvorsorge und Pflege zukunftsfähig aufzustellen. Auf der Suche nach stabilen Verhältnissen sollte vor allem im Vordergrund stehen, dass letztlich eine Politik herauskommt, die deutschen und europäischen Interessen nützt.

Der Autor ist Chefvolkswirt bei Berenberg.



WIRTSCHAFTSBÜCHER

Was den Zins bestimmt

Eine Einführung in ein faszinierendes Phänomen

Die Zinsen von Staatsanleihen und Unternehmensanleihen sind ungewöhnlich niedrig. Anleger und Volkswirte streiten über die Ursachen. Die einen zeigen mit dem Finger auf die Zentralbanken, die mit ihren Anleihenkäufen die Renditen künstlich nach unten drückten. Die anderen verweisen auf eine Ersparnisflut: Ein Überschuss an Ersparnissen, verursacht etwa durch die Alterung der Gesellschaft, treffe auf begrenzte Investitionsmöglichkeiten, so dass der Zins sinke.

Um das Phänomen der zurzeit sehr niedrigen Zinsen wirklich zu erklären, braucht man eine vernünftige Zinstheorie. Generationen von Volkswirten haben eine Menge Erklärungen für den Zins entwickelt. Aber die bahnbrechenden Arbeiten von Böhm-Bawerk, Keynes, Samuelson und anderen stehen meist beziehungslos nebeneinander. Man tut sich schwer, genau zu verstehen, warum sie zu unterschiedlichen Aussagen kommen. Ulrich van Suntum, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, hat sich damit nicht zufriedengegeben. Er geht in seinem Buch dem Wesen des Zinses akribisch auf den Grund und zeigt genau, von welchen Annahmen es abhängt, ob beispielsweise die Geldmenge den Zins beeinflusst oder nicht.

Van Suntum beginnt mit einer denkbar einfachen Volkswirtschaft: einem ausschließlich Getreide anbauenden Wikingerdorf ohne Geld, Außenhandel oder Bevölkerungswachstum. Die junge, aktive Wikingergeneration spart, indem sie die Ernte nicht vollständig konsumiert, sondern den Bauern einen Teil des Getreides als Saatgut anbietet. Die Jungen verzichten also heute auf Konsum, um im Alter von dem Getreide zu leben, das ihnen die Bauern als Zins zahlen. Je wichtiger den Jungen eine gute Versorgung im Alter ist, desto mehr Getreide bieten sie den Bauern heute als Saatgut an und desto niedriger ist der Zins. In diesem einfachen Modell wird bereits deutlich, dass die Alterung der Gesellschaft die Ersparnis erhöht und den Zins senkt.

Aber natürlich hängt der Zins im Gleichgewicht nicht nur vom Angebot an Saatgut ab, sondern auch von der Nachfrage nach Saatgut ab. Die Bauern fragen umso mehr Saatgut nach und sind einen umso höheren Zins zu zahlen bereit, je mehr Feldfrüchte das Saatgut hervorbringt, je höher – abstrakt gesprochen – die Produktivität ist. Dieses einfache Modell mit Bauern als Kapitalnachfrager und Konsumenten, die für das Alter vorsorgen und Kapital anbieten, macht deutlich, wovon der Zins im Kern abhängt: nämlich mit positivem Vorzeichen von der Produktivität des Kapitals und mit negativem Vorzeichen von der Bereitschaft zur Altersvorsorge.

Der Zins wird aber nicht nur durch die Bereitschaft zur Altersvorsorge und die Produktivität des Kapitals bestimmt. Vielmehr spielt auch das Bevölkerungswachstum eine Rolle. Nimmt nämlich die Bevölkerung im Beispiel des Wikingerdorfes zu, benötigt das Dorf mehr Getreide und damit mehr Saatgut. Die Nachfrage der Bauern nach Saatgut steigt – und damit auch der Zins. Tatsächlich lässt sich beobachten, dass die

Zinsen in Zeiten hohen Wachstums tendenziell höher sind. Umgekehrt lässt sich das zurzeit niedrige Zinsniveau teilweise durch das schwache Wirtschaftswachstum erklären.

Theoretisch kann der Zins in einer einfachen Wikingergeneration sogar negativ werden, wenn nämlich das zinsensenkende Motiv des Vorsorgespargens den zins erhöhenden Effekt der Kapitalproduktivität und des Bevölkerungswachstums überkompensiert. Aber wenn man einen Saatgut andere Vehikel des Sparens einführt, etwa Boden, gilt das nicht mehr. Denn niemand würde mit negativ verzinstem Saatgut für das Alter vorsorgen, wenn er stattdessen Boden erwerben könnte, dessen Wert bei einer wachsenden Bevölkerung steigt.

Was aber passiert, wenn man die Naturalwirtschaft verlässt und Geld einführt? Van Suntum zeigt, dass die Existenz von Saatgut für das Alter vorsorgen, wenn er stattdessen Boden erwerben könnte, dessen Wert bei einer wachsenden Bevölkerung steigt. Naturalwirtschaft verlässt und Geld einführt? Van Suntum zeigt, dass die Existenz von Saatgut für das Alter vorsorgen, wenn er stattdessen Boden erwerben könnte, dessen Wert bei einer wachsenden Bevölkerung steigt. Naturalwirtschaft verlässt und Geld einführt? Van Suntum zeigt, dass die Existenz von Saatgut für das Alter vorsorgen, wenn er stattdessen Boden erwerben könnte, dessen Wert bei einer wachsenden Bevölkerung steigt.

Van Suntum macht sein Modell schrittweise immer realistischer und führt schließlich Geschäftsbanken sowie eine Zentralbank ein, die modernes Geld durch den Kauf von Anleihen im Umlauf bringt. Damit ändert sich der Einfluss des Geldes auf den Zins erheblich. Denn jetzt bietet nicht mehr nur die junge Generation zur Altersvorsorge Kapital an. Vielmehr taucht mit der Zentralbank ein zusätzlicher Anbieter am Kapitalmarkt auf, der durch den Kauf von Anleihen Geld und damit Kapital zur Verfügung stellt, das den Zins senkt.

Er fällt jetzt unter sein natürliches Niveau, das alleine durch die Bereitschaft zur Altersvorsorge, die Produktivität des Kapitals und durch das Bevölkerungswachstum bestimmt wird. Die Zentralbank verzerrt so die Spar- und Investitionsentscheidungen der Menschen; eine mögliche Folge ist das Entstehen von Blasen, deren Platzen das Volkswirtschaft sehr schädigen kann. Van Suntum lässt deshalb eine Sympathie für ein geldgedecktes Geldsystem erkennen, das die Vertreter der österreichischen Schule sehr langem fordern.

Van Suntum hat kein populärwissenschaftliches Buch geschrieben, das man vor dem Schlafengehen liest. Stattdessen hat er ein Lehrbuch verfasst, das sich an wirtschaftswissenschaftlich ausgebildete Leser richtet, die das faszinierende Phänomen des Zinses wirklich verstehen wollen. JÖRG KRÄMER

Ulrich van Suntum: Capital, Interest, And Money. The Economics of Viking Village. CreateSpace, 2017. 100 Seiten. 16,05 Euro.